

Was ist Post-Shoah-Antisemitismus?

AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG



Bildungs- und Aktionswochen
gegen Antisemitismus

Der Post-Shoah-Antisemitismus ist ein aktuelles Problem

Antisemitismus hat viele Facetten, der Post-Shoah-Antisemitismus ist eine. Antisemitismus ist ein altes Phänomen, der Post-Shoah-Antisemitismus ist ein vergleichsweise junges. Diese Variante des Antisemitismus wird auch Schuldabwehr-Antisemitismus oder sekundärer Antisemitismus genannt. Der Flyer „Was ist Post-Shoah-Antisemitismus?“ informiert über diesen Antisemitismus, der im Zuge der Auseinandersetzung mit der Shoah entstanden ist.

Shoah (bzw. Holocaust) wird die Ermordung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen*Juden durch die Nationalsozialist*innen und deren Verbündete genannt. Unmittelbar nach der Shoah, sprich: nach der NS-Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg, setzte die deutsche Schuldabwehr ein. Damals wie heute sind viele fälschlicherweise überzeugt, dass die meisten Deutschen im Widerstand und keine NS-Täter*innen waren. Die deutsche Schuld wird relativiert oder gar geleugnet.

Antisemitismus bis 1945

Antisemitismus – kurz: Judenhass – ist ein jahrtausendealtes Phänomen. Er gipfelte häufig in der Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Vor dem Hintergrund eines wachsenden Antisemitismus innerhalb der deutschen Bevölkerung verkündete Adolf Hitler 1920 das „25-Punkte-Programm“ der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Der Antisemitismus war ein zentrales Element der NS-Ideologie. Es hieß, Jüdinnen*Juden hätten kein „deutsches Blut“ und könnten daher keine „Volksgenossen“ sein. Ihre imaginierte Macht würden sie nutzen, um das deutsche Volk zu „zersetzen“.

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde den Nazis am 30. Januar 1933 die Macht übertragen. Die NSDAP festigte ihre Kontrolle von Staat und Gesellschaft durch organisierten Terror gegen Linke (z.B. Kommunist*innen

Spätestens im Sommer 1941, im Kontext des Überfalls auf die Sowjetunion, war klar: Sämtliche Jüdinnen*Juden sollten ermordet werden. Auf der Wannseekonferenz kamen hochrangige Vertreter der NS-Regierung und SS-Funktionäre zusammen, um diesen Massenmord im Detail zu organisieren. Die Konferenz fand am 20. Januar 1942 unter Vorsitz des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich in einer Villa am Berliner Wannsee statt.

Die Vernichtung der Jüdinnen*Juden hatte für das NS-Regime auch noch kurz vor der militärischen Niederlage höchste Priorität. Dafür wurden bis zuletzt „kriegswichtige“ Ressourcen genutzt, die sonst der Kriegsführung zur Verfügung gestanden hätten.

Der Begriff „Shoah“ (auch: Shoa, Schoa, Schoah) stammt aus dem Hebräischen. „ha'Schoah“ (השואה) bedeutet „die unbegreifliche Katastrophe“, „das große Unheil“. Shoah bezeichnet, wie der Begriff „Holocaust“, die Ermordung von etwa sechs Millionen europäischen Jüdinnen*Juden im Nationalsozialismus. Der Antisemitismus mündete in die Shoah.

Antisemitismus nach 1945

Am 27. Januar 1945 befreiten sowjetische Soldaten die Konzentrations- und Vernichtungslager in Auschwitz. Einige Monate später, am 8. Mai 1945, erklärte die deutsche Wehrmacht ihre bedingungslose Kapitulation. Nun fanden die Shoah und der Zweite Weltkrieg in Europa ein Ende. Der Antisemitismus jedoch nicht.

Nach 1945 setzte abseits der alten Formen des Antisemitismus eine neue Form ein: der Post-Shoah-Antisemitismus. Die Auseinandersetzungen um die Shoah, die in der Nachkriegszeit geführt wurden, waren stets Auseinandersetzungen um Schuld und Verantwortung – insbesondere um deren Abwehr. Daher wird der Post-Shoah-Antisemitismus auch Schuldabwehr-Antisemitismus genannt.

Viele Deutsche behaupteten nach dem Zweiten Weltkrieg, kein Teil des NS-Systems gewesen zu sein – und hofften, mit den Urteilen der Nürnberger Prozesse (1945–1946) sei die juristische Aufarbeitung abgeschlossen. In der BRD wurde ein Schlussstrich gefordert und in der DDR wurde verkündet, man sei ein „antifaschistischer“ Staat und geheit vor Nazismus und Antisemitismus.

In der Bundesrepublik wurde die juristische Aufarbeitung mit den Frankfurter Auschwitzprozessen (1963–1965) fortgesetzt. Die Prozesse sind Fritz Bauer, einem jüdischen Generalstaatsanwalt aus Frankfurt, zu verdanken. Bauer konnte seine Arbeit nur gegen erhebliche Widerstände in Justiz und Politik leisten. Das Beispiel macht deutlich: Antifaschist*innen und Shoah-Überlebende haben – allzu häufig gegen den Widerstand der Mehrheitsgesellschaft

und Sozialdemokrat*innen) und gesellschaftliche Minderheiten (z.B. Jüdinnen*Juden, Sinti*zze und Rom*nja). Der Terror gegen die jüdische Bevölkerung stand im Zentrum. Die Judenfeindschaft wurde in Gesetzesform gegossen. So verboten die „Nürnberger Rassengesetze“ (1935) u. a. die Ehe zwischen Jüdinnen*Juden und Nichtjüdinnen*Nichtjuden. Sog. „Arierparagraphen“ verdrängten Jüdinnen*Juden aus Berufen, Vereinen und schlussendlich allen Bereichen des öffentlichen Lebens.

Die Ausgrenzung und Entrechtung mündete in die Verfolgung: Im November 1938 wurden tausende Geschäfte und Wohnungen, Synagogen und jüdische Friedhöfe zerstört. Hunderte Jüdinnen*Juden wurden ermordet, zehntausende wurden in Konzentrationslager deportiert. Die Novemberpogrome 1938 offenbarten die Absichten der Nazis.

Jüdinnen*Juden wurden erschlagen, erschossen oder mittels industrieller Methoden vergast. Die SS betrieb u. a. die Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz von 1940 bis 1945. Der Lagerkomplex lag in der polnischen, vom Deutschen Reich annektierten Stadt Oświęcim. Im Lagerkomplex wurden mehr als eine Million Jüdinnen*Juden ermordet. Häufig mittels Zyklon B (Blausäure) in Gaskammern.

Die „Aktion Reinhardt“ war ein Tarnname zur systematischen Ermordung der Jüdinnen*Juden und Rom*nja im sogenannten Generalgouvernement, den polnischen, vom Deutschen Reich besetzten Gebieten. Zwischen Juni 1942 und Oktober 1943 wurden 1,6 bis 1,8 Millionen Jüdinnen*Juden in den Vernichtungslagern Belzec, Majdanek, Sobibor und Treblinka ermordet.

Viele Deutsche relativierten oder leugneten die Schuld an Verbrechen – ihre eigene Schuld, aber auch die Schuld des NS-Systems. Der Post-Shoah-Antisemitismus verkehrt Täter und Opfer. Er setzt die antisemitische Erzählung fort, Jüdinnen*Juden hätten Schuld bzw. eine Mitschuld am Judenhass. Das fasste der jüdische Arzt Zvi Rex mit den Worten zusammen: „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.“ Auch Jahrzehnte nach der Shoah gab und gibt es Relativierungen und Leugnungen. Ein eindrückliches Beispiel waren die Proteste gegen die Wehrmachtsausstellungen (1995–1999, 2001–2004). Die Ausstellungen deckten die Verbrechen der Wehrmacht auf.

– die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen erkämpft. Nichtsdestotrotz wurden viel zu wenige Nazis und deren Helfer*innen verurteilt.

Der Post-Shoah-Antisemitismus erfüllt mehrere Zwecke. Ein Zweck ist biografisch-moralischer Art: Wer die Schuld der Deutschen in Frage stellt, stellt die Schuld der eigenen Vorfahren in Frage, die Schuld des eigenen Vaters oder der eigenen Großmutter. Die Schuldabwehr schützt das Bild von der heilen, unbelasteten Familiengeschichte. Ein weiterer Zweck ist finanziell-politischer Art: Wer die Schuld der Deutschen in Frage stellt, stellt die Notwendigkeit einer finanziellen wie politischen Entschädigung in Frage. So bedeutet die Abwehr von Schuld auch die Abwehr, Shoah-Überlebende und den Staat Israel unterstützen zu müssen.

„Bombenholocaust“!?

Eine Ausdrucksform des Post-Shoah-Antisemitismus ist die Relativierung der Shoah. So setzte das „Querdenken“-Milieu die Anti-Corona-Politik der Bundesregierung mit den NS-Verbrechen gleich. Beispiele sind die gelben Sterne mit der Aufschrift „Ungeimpft“ (Analogie zum „Judenstern“) und Abbildungen von KZ-Eingangstoren mit „Impfen macht frei“ (Analogie zu „Arbeit macht frei“).

Beispiel I Rechtsextreme nutzen den Begriff „Bombenholocaust“, um die alliierten Bombardierungen deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg zu beschreiben. Die NPD sprach im Sächsischen Landtag erstmals 2005 vom „Bombenholocaust“, um die Bombardierung Dresdens (13.–15.02.1945) mit der Shoah gleichzusetzen. Damit wird eine Täter-Opfer-Umkehr betrieben. Bereits NS-

„Auschwitzlüge“!?

Die Leugnung der Shoah ist die stärkste Ausdrucksform des Post-Shoah-Antisemitismus. Denn: Das unendliche Leid von Millionen Jüdinnen*Juden wird bestritten. Die Leugnung wird mit der Meinungsfreiheit begründet. Allerdings gilt: Wer Hetze gegen Jüdinnen*Juden verbreitet und Opfer der Shoah verhöhnt, hat eine Grenze der Meinungsfreiheit überschritten. Daher ist die Shoahleugnung in Deutschland strafbar (Volksverhetzung, §130 StGB).

Beispiel I Mit dem Ende des Nationalsozialismus setzte die Schuldabwehr ein. Menschen haben mit pseudowissenschaftlichen Gutachten versucht, die NS-Verbrechen anzuzweifeln. Der US-Amerikaner Fred Leuchter behauptete im „Leuchter-Report“ (1988), in den Gaskammern habe wegen angeblich fehlender Blausäurespuren kein Massenmord

„Holocaust-Industrie“!?

Eine Erzählung des Post-Shoah-Antisemitismus ist die Unterstellung, Jüdinnen*Juden würden an der Shoah verdienen wollen. Sie knüpft an das antisemitische Stereotyp vom geld- und machtgerigen Juden an. Die Unterstellung wird auch im Zuge der Kritik an den deutschen Entschädigungszahlungen an Shoah-Überlebende deutlich.

Beispiel I Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein veröffentlichte das Buch „Die Holocaust-Industrie“ (2000). Die deutschsprachige Ausgabe trug den Untertitel „Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“. Er behauptete im Buch, US-amerikanische Jüdinnen*Juden hätten eine „Holocaust-Industrie“ geschaffen, um Kapital aus dem Shoah-Gedenken zu schlagen.

„Schuld kult“!?

Eine weitere Erzählung des Post-Shoah-Antisemitismus ist die Unterstellung, Deutsche würden zum Selbsthass erzogen, indem ihnen die Verbrechen der Shoah vorgehalten würden. Das hat eine verschwörungsideologische Tendenz. Hinter der angeblichen Erziehung zum Selbsthass wird eine heimliche Strategie vermutet, um „das deutsche Volk“ kleinzuhalten. Hierfür würden Werte wie Heimatliebe und Patriotismus schlechgeredet.

Beispiel I „Jeder kennt unsere geschichtliche Last, die unvergängliche Schande, kein Tag, an dem sie uns nicht vorgehalten wird“, behauptete Martin Walser im Jahr 1998. Der Schriftsteller klagte gegen die „Dauerpräsentation unserer Schande“ und die „Moralkeule“ Auschwitz. Die Rede hielt er anlässlich der Verleihung des Friedenspreises

Propagandaminister Joseph Goebbels hatte die Erzählung einer „sinnlos vernichteten“, friedlichen „Kulturstadt“ durch die „verbrecherischen“ Westmächte geprägt.

Beispiel II In pro-palästinensischen Milieus werden Israel und der Zionismus, die jüdische Nationalstaatsbewegung, mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt. Die Behauptung, ein israelischer Ministerpräsident sei wie Hitler, suggeriert, Israel wolle die Palästinenser*innen vernichten. Oft wird die Nakba (deutsch: Katastrophe) – die Flucht und Vertreibung arabischer Palästinenser*innen zwischen 1947 und 1949 – mit der Shoah gleichgesetzt. Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde behauptete 2022, Israel habe „50 Holocausts“ an den Palästinenser*innen verübt.

stattfinden können. In Deutschland wurde die „Auschwitzlüge“ zum zentralen Code für Shoahleugnung. Der Begriff geht auf ein Buch des SS-Verbrechers Thies Christophersen zurück.

Beispiel II Ursula Haverbeck behauptete einst, „dass der Holocaust die größte und nachhaltigste Lüge in der Geschichte ist“. Neben Haverbeck sind Attila Hildmann, Horst Mahler und Nikolai Nerling („Der Volkslehrer“) die prominentesten Shoahleugner*innen in Deutschland. Sie glauben, Kämpfer*innen für die Meinungsfreiheit und Teil einer „Wahrheitsbewegung“ zu sein. Unter Rechtsextremen wird die Shoah häufig indirekt geleugnet. Zum Beispiel werden Shoahleugner*innen aufgrund ihres angeblichen Mutes zur Wahrheit verherrlicht.

Das Buch löste eine Kontroverse aus. Vielfach wurde ihm die Verbreitung antisemitischer und verschwörungsideologischer Behauptungen vorgeworfen.

Beispiel II Die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler John Mearsheimer und Stephen Walt veröffentlichten das Buch „Die Israel-Lobby und die US-Außenpolitik“ (2006). Sie behaupteten, eine übermächtige, jüdische Lobby gäbe der US-amerikanischen Außenpolitik eine proisraelische Ausrichtung vor. Diese Ausrichtung, die insbesondere durch finanzielle Unterstützung zum Ausdruck komme, werde u.a. mit der Shoah begründet. Das Buch rief vielfach Kritik hervor. Sowohl in Deutschland als auch in den USA wurde die Verbreitung antisemitischer und verschwörungsideologischer Thesen angeprangert.

des deutschen Buchhandels. Nach der Rede stand das Publikum auf und applaudierte. Ignatz Bubis, damaliger Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, blieb gemeinsam mit Ida Bubis und Friedrich Schorlemmer sitzen.

Beispiel II Jens Maier, damals AfD-Politiker, erklärte in einer Rede in Dresden (17.01.2017) den „Schuld kult“ für „endgültig beendet“. Der Begriff „Schuld kult“ (auch: „Schuld komplex“) besagt, in Deutschland sei das Gedenken an die Shoah eine Art Religion. Danach bezeichnete der AfD-Politiker Björn Höcke die Gedenkkultur als „dämliche Bewältigungspolitik“ und das Berliner Shoah-Mahnmal als „Denkmal der Schande“. Höcke forderte eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“.

Was tun!?

Informieren Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ist komplex. Es gibt viele Quellen. Seriöse Quellen müssen herausgefiltert werden. Das Online-Tool nichts-gegen-juden.de hilft, gegen antisemitische Erzählmuster zu argumentieren. Unsere Handreichung „deconstruct antisemitism!“ erklärt antisemitische Bilder und Codes.

Differenzieren Kritik an der deutschen Erinnerungskultur kann gerechtfertigt sein. Leere Phrasen und ritualisierte Sonntagsreden müssen kritisiert werden. Allerdings existieren Grenzen der Kritik. Eine Grenze ist der Angriff gegen das Gedenken an sich. Denn oft wird das Gedenken angegriffen, um Stimmung gegen Jüdinnen*Juden zu machen.

Erkennen Seriöse Informationen liefern die Grundlage, um Post-Shoah-Antisemitismus erkennen zu können.

Ein antisemitischer Vorfall sollte gemeldet werden. Eine Meldung macht das Problem sichtbar. RIAS ist eine Anlaufstelle, um antisemitische Vorfälle zu melden (report-antisemitism.de). Shoah-Leugnung kann eine Straftat darstellen und bei der Polizei angezeigt werden.

Unterstützung suchen Während und nach einem antisemitischen Vorfall ist die Suche nach Verbündeten wichtig. Potentielle Verbündete sollten konkret angesprochen und zur Unterstützung aufgefordert werden. OFEK bietet eine kostenlose Beratung an (ofek-beratung.de).

Widersprechen In der Familie, auf der Straße, im Netz: Wenn Post-Shoah-Antisemitismus verbreitet wird, gilt es zu widersprechen. Der Widerspruch ist wichtig, um allen Beteiligten eine klare Haltung zu zeigen und sie zu ermutigen, sich am Widerspruch zu beteiligen.

Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sind der bundesweit größte Zusammenschluss gegen Antisemitismus in Deutschland. Sie werden durch den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert.



lagebild-antisemitismus.de



aktionswochen-gegen-antisemitismus.de